

DEUTSCHLAND

BUNDESHAUSHALT

Sterben und Steuern zahlen

Fritz Schäffer reicht das Wasser der Bonner Plan-Ergüsse bis an den Hals. In das Drei-Milliarden-Loch des Bundeshaushalts schütten Abgeordnete aller Parteien, die Ressortminister und die Interessenverbände eine Steueridee nach der anderen. Endgültige Beschlüsse werden allerdings nicht gefaßt. Dafür bewilligt das Parlament wacker neue Ausgaben.

„Sterben und Steuern zahlen muß jeder Mensch“, läutete Schäffer die Beratung des Haushalts seines Ministeriums im Bundestag ein. „Dem Sterben muß die Religion den Sinn geben, dem Steuerzahlen sollte die Politik einen Sinn geben.“ Finanzminister Schäffer sieht für seine Emsigkeit den einen Zweck: den Bundeshaushalt auszugleichen, ohne die Notenpresse in Gang zu setzen.

Für das Jahr 1951/52 zeichnet sich ein Bundesetat von reichlich 20 Milliarden ab. Im Jahr vorher waren es 12,3 Milliarden. 5,3 Milliarden der Mehrausgaben können durch erwartete größere Steuereinnahmen gedeckt werden. Der Rest bleibt offen. Um ihn stiebt seit Wochen das Hin und Her der Steuerpläne von Sonderumsatz- über Produktions-, Mineralöl- bis zur weiter heraufgesetzten allgemeinen Umsatzsteuer. Auch die Luxussteuer (s. Tabelle) liegt jetzt wieder vorn.

Obwohl der Bund ohne große Staats-schuld ist, die in USA beispielsweise den Umfang des gesamten Volkseinkommens eines Jahres ausmacht, kann Westdeutschland ein Drei-Milliarden-Defizit des Staatshaushalts nicht auf dem Kreditwege hereinbringen. Bundesanleihen würden nicht in hinreichender Menge gezeichnet werden. Der noch unausgebildete Kapitalmarkt gäbe einen solchen Betrag nicht her. Und die Notenpresse soll nicht anlaufen.

„Inflationspolitik ohne mich“, hat Schäffer bei der ersten Erwähnung solcher Gedanken seinen Rücktritt angedroht. Und auch BdL-Chef Geheimrat Vocke will eher zurücktreten als diese Kurbel andrehen.

Mehr als ein Drittel des umsorgten Defizits macht die Summe aus, die der Bundestag ab 1. Juni den Sozialrentnern zusätzlich geben will: 25 Prozent = 1,2 Milliarden DM. Das ist ein neuer Schlag für Ludwig Erhard.

Der schmolzt schon seit Monaten über seiner marktwirtschaftlichen Gleichung, die seit Korea nicht mehr aufgeht, weil der bundesdeutsche Konsument seine Machtposition im freien Spiel von Angebot und Nachfrage nicht ausnutzt. Solange in dem Portemonnaie der westdeutschen Bürger noch ein Pfennig war, wurde gekauft. Nun sollten sich die überhöhten Handelsspannen wenigstens an der nachlassenden Kaufkraft abwärts orientieren.

Da kam der Bundestag den Konsumwünschen der ostvertriebenen Beamten mit einer Zuweisung von 750 Millionen jährlich entgegen. Den aktiven und pensionierten Beamten sollte mit 800 Millionen jährlich aufgeholfen werden. Die 1,2 Milliarden für die Sozialrentner müßten Erhards Prophezeiung von den sinkenden Preisen vollends zerstören.

So wird Finanzminister Fritz Schäffer um seines Haushalts willen, aus dem der größte Teil dieser preistreibenden Gelder geht, zum Wirtschaftspolitiker in Erhards Sinn. Er hat aus den Zusagen an die Beamten 550 Millionen herausgehandelt, indem er die Erhöhungen der Einkommen auf die Gehälter beschränkte. Die Pensionen werden niedrig bleiben.

Und er sorgte dafür, daß das längst von Bundestag und Bundesrat beschlossene Gesetz über die teilweise Aufwertung der privaten Lebens- und Rentenversicherungen noch nicht verkündet wurde. Diese Renten waren bisher 1:10 ausgezahlt worden (die Renten der Sozialversicherungen 1:1). Schäffer ließ die Privatversicherten durch die Röhre des Grundgesetzartikels 113 gucken. Der sieht vor, daß die Regierung Bundestagsbeschlüsse über Mehrausgaben nicht durchzuführen braucht, wenn keine Deckungsvorschläge gemacht werden.

Diesen Artikel 113 mag jedoch niemand gegen die Sozialrentner anwenden. Die Bonner wollen dem nicht zu bestreitenden Elend der Altersrentner und der Voll-Invaliden abhelfen.

Dagegen hat auch Fritz Schäffer nichts. Trotzdem setzte er seine Referenten an, um aus dem westdeutschen Sozialetat die neu hereinbewilligte Milliarde an anderer

Luxussteuer-Entwurf

Steuerpflichtig sollen u. a. sein:

- Personenkraftwagen über 12 000 DM
- Pelzkleidung über 800 DM
- alle Edelmetalle, deren Legierungen; Edelsteine und Perlen über ein Gramm Gewicht
- Teppiche über 60 DM pro Quadratmeter
- Blumengebinde über 25 DM
- Spirituosen über 20 DM pro Liter
- Parfüme und Kosmetika über 1 DM pro Kubikzentimeter
- Lederwaren über 100 DM
- Schuhe aus anderem Leder als Kalb-, Rind-, Roß-, Schaf-, Schweins- und Ziegenleder
- Hummern, Kaviar, Langusten
- Südfrüchte, ausgenommen Zitronen

Stelle wieder herauszuholen: aus dem Bereich des Bundesversorgungsgesetzes, aus der Arbeitslosenfürsorge-Unterstützung, den Mehrfachrenten, von den Begünstigten des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes.

Damit hat der Kampf gegen die grassierende Rentensucht begonnen.

Mit nahezu 8 Milliarden Sozialausgaben, ohne die 2 Milliarden Soforthilfe, ist die öffentliche Hand in diesem Jahr belastet. Dazu kommen etwa 7 Milliarden, die die zwangsweise Sozialversicherten mit ihren Beiträgen aufbringen. Alles in allem verwendet Westdeutschland ca. 20 Prozent seines Volkseinkommens für den sozialen Sicherheitsfonds (1938 waren es 9,2 Proz.).

Diesen Krampf aufzulösen, ohne neues Elend zu schaffen, ist die Wunschvorstellung im Bonner Finanzministerium.

Nach dem Versicherungsprinzip haben die Gruppen der Sozialversicherten einen Rechtsanspruch auf ihre Renten und Unterstützungen. Die Unterstützungen werden in einem Bukett aus Invaliden-, Knappschafts-, Angestellten-, Soforthilfe-, Kriegsbeschädigten- und Fürsorgekassen gezahlt.

Bei Bedürftigkeit springt die Fürsorge in zahlreichen Fällen noch auf eine oder zwei Renten hinauf. Die Renten selbst werden auch ohne Bedürftigkeit gezahlt, obwohl der Staat einen wesentlichen Teil der Ausschüttungen aus dem Steuersäckel übernehmen muß.

Bei den Rentenversicherungen sah das im Jahr 1950 so aus: Einnahmen 4,06 Milliarden, Ausgaben 3,78 Milliarden. Bei den Einnahmen befanden sich 564 Millionen Bundeszuschuß. Der Gewinn von rund 270 Millionen liegt in dem Versicherungsstock. — Hier wäre für den Bund allein die Einsparung von mindestens einer Viertelmillion zu erreichen, wenn er nicht feste Grundbeträge, z. B. bei der Invalidenversicherung, sondern nur ein eventuelles Gesamtdéfizit zu tragen hätte.

Im Stock der Arbeitslosenversicherung haben sich seit der Währungsreform 750 Millionen angesammelt. Der Bund zahlte für die Arbeitslosenfürsorge, die wirksam wird, wenn die Arbeitslosenunterstützung nach spätestens 26 Wochen ausläuft, im Jahre 1949/50 580 Millionen, und er wird 1950/51 958 Millionen zahlen.

Die Kassen der Krankenversicherungen verfahren nicht anders. Sie zahlen in einigen Sparten die gesetzlich zulässigen Mindestbeträge mit dem Ergebnis, daß aus Staatskosten die allgemeine Fürsorge häufig einspringen muß.

Diesen großen Brocken muß Bonn sich in harten Verhandlungen nutzbar machen. Die Finanziers in Fritz Schäffers Ministerium haben ihre Argumente bei der Hand: wenn schon Versicherungsprinzip und Rechtsanspruch, dann auch vollkommen. Der Bund soll für die bevorstehenden Rentenerhöhungen nicht mehr zahlen, als unbedingt nötig ist.

Bleiben die jetzigen Zuschüsse in ihrer absoluten Höhe, und werden die Beiträge für die Invalidenrente um ca. fünf Prozent erhöht, dann wird bei voller Ausnutzung der Versicherungseinnahmen allein hier etwa eine halbe Milliarde verfügbar.

Als Alternative dazu stellt sich für die Generalreformer nur der Uebergang zum Grundsatz der Bedürftigkeit. Sie im Prinzip anzuwenden, würde eine Arbeit von vielen Monaten voraussetzen, denn die Rentenkassen kennen die Bedürftigkeit ihrer Sozialversicherungnehmer nicht. Die 25prozentige Erhöhung könnte jedoch von ihr in gewissen Grenzen schon Gebrauch machen.

Fritz Schäffers Experten wollen jedoch zuerst einmal auf eine Aenderung der Details hinaus: Da sollen die Grundrenten der 30 bis 50 Prozent Kriegsbeschädigten nicht mehr ohne Rücksicht auf die Einkommen der Betroffenen gezahlt werden. Und die Grundrenten der erwerbsfähigen, kinderlosen Witwen unter 50 Jahren sollen fortfallen. Außerdem:

- Bei den Zahlungen nach dem Bundesversorgungsgesetz sollen Ortsklassen eingeführt werden, um Staffellungen nach unten zu ermöglichen. Die Heilfürsorge für Kriegsbeschädigte bei Krankheiten, die keinen ursächlichen Zusammenhang mit der Verwundung haben, soll nicht mehr bezahlt werden.
- Die Grenze der Erwerbsunfähigkeit für den Empfang der Invalidenrente soll auf 66 $\frac{2}{3}$ Prozent heraufgesetzt werden, damit die Betroffenen nicht gleichzeitig Rente und Arbeitslosenfürsorge-Unterstützung, die erst bei 66 $\frac{2}{3}$ Prozent Erwerbsunfähigkeit in die allgemeine Fürsorge mit niedrigeren Sätzen übergeht, empfangen können.
- Nach dem Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz soll die Erhöhung der Mindestrenten von 22,50 DM auf 50 DM nur an Bedürftige gezahlt werden.

Und schließlich möchten die Bonner die Arbeitslosenunterstützung, die im Rahmen der Arbeitslosenversicherung ausgeschüttet wird, zeitlich ausdehnen, damit die Arbeitslosenfürsorge durch die öffentliche Hand später einsetzt. Die Referenten in Fritz Schäffers Finanzministerium schätzen die dadurch möglichen Einsparungen auf jährlich ungefähr 1 Milliarde.

Das Rentenübel grundsätzlich zu heilen, kann Bonn jedoch nur eines zwingen: die möglicherweise bevorstehende Milliardenförderung der West-Alliierten als Verteidigungsbeitrag. Dann können selbst die geschicktesten Steuerequilibristen die Rechnung nicht mehr von oben aufmachen.

Unten am Grund aber läßt sich das bundesdeutsche Geldpolster zwischen zwei Fingern packen: nach Abzug der Steuer- und Sozialleistungen plus Aufwand für das Existenzminimum bleibt pro Kopf der westdeutschen Bürger ein „Verfügungsbetrag“ (das ist statistisch der Einkommensanteil, der für nicht unbedingt lebensnotwendige Ausgaben zur Verfügung steht) von sechs Prozent des Durchschnittseinkommens (gegen 18 Prozent in Frankreich, 22 Prozent in England und 29 Prozent in USA).

Muß Deutschland die heftig diskutierten zehn Prozent seines Sozialproduktes für die Verteidigung aufwenden, so wird dieser „Verfügungsbetrag“ zu 72 Prozent in Anspruch genommen (gegen nur 26 Prozent in Frankreich, 18 Prozent in England und 16 Prozent in USA).

Diesen Zehnten auf steuerlichem Weg zu erreichen, traut sich niemand zu. So stünde Bonn schließlich doch vor der Aufgabe, den Rentnerstaat in allen Fugen krachen zu lassen.

DENUNZIATION

Nun ist es aber genug

Der Studienrat i. R. Carl Schröter, 2. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Bundestag, hat seine liebe Not damit, sich gegen allerlei Anwürfe zu wehren. Er, der sich gegen seinen Zeitungspartner Dr. Heinrich, einen Alt-Pg, in der Entnazifizierung unbeugsam und hart erwies, steht neuerdings sogar unter dem dringenden Verdacht, eine anonyme Anzeige gegen Heinrich gestartet zu haben.

„Hitler ist für mich ein Gott. Sie werden es für eine Blasphemie halten: ich bete ihn an.“ Carl Schröter habe ihm dieses Geständnis gemacht, behauptet der Zahnarzt Dr. Haart jun., Kiel, Holtenauer Straße 83. Damals war Schröter allerdings noch nicht 1. Landesvorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein und Bundestagsabgeordneter, sondern eben nur Studienrat i. R.

Damals klapperten noch die NS-Sammelbüchsen in Großdeutschland, um echte und vorgebliche Hitler-Verehrung in klingende Münze umzuwandeln. In Kiel besorgte das unter anderem SS-Kassierer Gehler. Er melkte in regelmäßigem Turnus die fördernden Mitglieder der Förderstadt. Auf seiner Liste der fördernden Mitglieder der SS hat auch Carl Schröter gestanden.

Der pensionierte Studienrat sei bei Polizei und SS als Sprachlehrer empfohlen gewesen, erinnert sich Polizeimajor a. D. Jahn, Kiel, Körnerstraße 26, noch sehr genau.

Aber nicht nur aus dem Dritten Reich, sondern auch aus der Zeit nach 1945 datieren Anwürfe gegen Schröter. Fünfzehn Stunden lang mußte letzte Woche das CDU-Landes-Ehrengericht wegen derartiger Dinge tagen, ehe es mit 198 Worten den Extrakt ziehen konnte, mit dessen Hilfe Carl Schröter seine Weste reinhalten kann.

Das Verfahren hatte Dr. Walter Bartram, der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, gegen seinen Landesparteichef beantragt. Bartram ließ diese Tatsache alle CDU-Kreisvereine seines Landes wissen. Er befindet sich „in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler und CDU-Bundesvorsitzenden Dr. Konrad Adenauer.“

Vor nicht einmal einem Jahr war Dr. Walter Bartram noch weitgehend unbekannter CDU-Kreisvorsitzender in der mittelholsteinischen Stadt Neumünster. In 9 Monaten Regierungszeit hat sich indessen der Kraftfutterfabrikant zum Schröter-Gegenpol in der schleswig-holsteinischen CDU ausgewachsen. Ueber Pfingsten fuhr Innenminister Dr. Paul Pagel zu Konrad Adenauer und klagte ihm eineinhalb Stunden lang als neutraler Dritter sein Leid über den Schröter-Bartram-Zwist. Pagels Neutralität ist dadurch gewährleistet, daß er beide Kampfhähne für rücktrittsreif hält. Sowohl Schröter von seinem Landespartei-Posten wie Bartram von seinem Ministerpräsidenten-Sessel.

Bartram hat bei seiner Attacke gegen Schröter tief in die Vergangenheit des



Als Sprachlehrer empfohlen
Maschinenbesitzer Carl Schröter

Partei-Vorsitzenden gegriffen. Er beantragte beim Ehrengericht, zu untersuchen, ob Schröter

- ① Wahlgelder zweckentfremdet verwendet hat,
- ② unbefugt eine Pension als Ministerialrat i. R. bezieht (50 Prozent mehr als bei einer Studienrats-Pension),
- ③ 1933 nicht aus politischen, sondern aus kriminellen Gründen aus seinem Amt als 14sprachiger Studienrat entfernt wurde,
- ④ sich unkorrekt bei den Gründungsverhandlungen der CDU-nahestehenden „Kieler Nachrichten“ verhalten hat.

Von allen diesen Vorwürfen blieb nach 15 Stunden Ehrengericht nichts übrig. „Das Landesehrengericht bedauert die leichtfertige Art und Weise, mit der in der Öffentlichkeit vor Abschluß eines Verfahrens führende demokratische Politiker diffamiert werden“, resümierte Gerichtschef Dr. Lemke von Soltenitz nach der Rehabilitierung Carl Schröters.

Nach 1945 hatte Schröter (vor 1933 in Stresemanns DVP) sich Sprosse für Sprosse an der christlich-demokratischen Parteileiter hochgehängt. Schließlich brachte ihm die CDU-Arbeit durch Pressegeschäfte sogar gewissen materiellen Nutzen.

Zahlender Teil bei diesen Geschäften war der Alt-Pg und ehemalige Ortsgruppenleiter der NSDAP, Rittmeister a. D. und mehrfacher Millionär Dr. Kurt Heinrich auf Gut Emkendorf bei Rendsburg. Er

hatte am 18. 3. 1946 mit den führenden Kieler Christ-Demokraten Willi Koch, Dr. Max Emcke und Prof. Dr. Becker ein Gentleman-Agreement abgeschlossen. Es besagte:

- ① Der unter Vermögenskontrolle stehende Zeitungsbesitzer Dr. Heinrich schließt sich mit den CDU-Politikern zu einer Gesellschaft zwecks Herausgabe einer demokratischen Tageszeitung in Kiel zusammen.
- ② Dr. Heinrich stellt Gebäude und Maschinen seines Zeitungsbetriebes sowie (zwecks Beleihung) sein Gut Emkendorf zur Verfügung. Die Einlagen der anderen — politisch einwandfreien — Gesellschafter werden aus den zu erwartenden Gewinnen des Unternehmens einbehalten.
- ③ An Gewinn und Verlust werden Dr. Heinrich mit 70 Prozent, die anderen drei Gesellschafter mit je 10 Prozent beteiligt.

Dies Abkommen schien so vielversprechend und so risikolos, daß Dr. Heinrich wenige Monate später von seinen neuen christlich-demokratischen Geschäftsfreunden nahegelegt wurde, auch den Landesvorsitzenden Carl Schröter unter gleichen Bedingungen daran zu beteiligen. Heinrichs Anteil verringerte sich dadurch auf 60 Prozent. Mit: „Nun ist es aber genug!“ war er schließlich einverstanden.

Bald nach Abschluß des Emkendorfer Vertrages erhielt Gesellschafter Willi Koch die britische Lizenz zur Herausgabe der „Kieler Nachrichten“. Das Blatt erschien und florierte. Die Auflage kletterte über 100 000. Die erste Jahresbilanz (1947/48) wies einen Gewinn von einer runden Million auf.

Dr. Heinrichs Vermögen aber war noch immer nicht entspert und hatte auch wenig Aussicht, entspert zu werden. Denn im September 1947 stufte der Entnazifizierungs-Hauptausschuß in Rendsburg den Dr. Heinrich als Aktivist (Kategorie III) ein, welche Entscheidung am 8. 6. 1948 vom Entnazifizierungs-Berufungsausschuß in Kiel als endgültig bestätigt wurde.

Acht Tage darauf kündigten die christlich-demokratischen Gesellschafter der „Kieler Nachrichten“ mit Bezug auf diese Entscheidung das Emkendorfer Abkommen. Sie wollten mit dem amtlich als Nazi-Aktivist abgestempelten Gesellschafter nichts mehr zu tun haben. Die „Kieler Nachrichten“ liefen auch ohne ihn und warfen hübsche Gewinne ab.

Ausschlaggebend für Heinrichs Einstufung in III waren zwei Leitartikel gewesen, die er kurz vor Hitlers Machtübernahme in seiner Zeitung veröffentlicht hatte. Hitler wurde darin den zur Reichspräsidentenwahl antretenden Wählern wärmstens empfohlen. Die Artikel wurden von den Entnazifizierern als wesentliche Förderung des Nationalsozialismus aufgefaßt.

Diese Artikel waren dem Entnazifizierungs-Ausschuß mit einem anonymen Begleitschreiben zugestellt worden, in dem Dr. Heinrich als „einer der schlimmsten Aktivist“ bezeichnet wurde, der „nach dem gesunden Volksempfinden sogar in die Kategorie II“ gehöre.

Dieser anonyme Brief wurde später vom „Kriminaltechnischen Institut beim Kriminalpolizeiamt für die britische Zone“ in Hamburg untersucht. Es gutachtete am 7. März 1940 unter Tagebuch Nr. 1529/50 KTI, daß der zu untersuchende Brief „mit Sicherheit auf der in Verdacht genommenen Schreibmaschine geschrieben worden sei“. Die verdächtige Schreibmaschine gehörte dem CDU-Landesvorsitzenden Carl Schröter.

Das sei noch kein Beweis, daß er den anonymen Denunzier-Brief auch selbst ge-